

Inhaltsverzeichnis

- Bitcoins werden nun wie Aktien besteuert
- Sommerzeit ist Feriurlaubzeit - Steuer, Sozialversicherung und Familienbeihilfe sind zu beachten
- Vorsteuervergütung für Drittlandsunternehmer
- Verlängerung der Erleichterungen bei der Offenlegung des Jahresabschlusses
- Kurz-Info: Vereinfachungen und neue Passwort-Richtlinie in FinanzOnline

Bitcoins werden nun wie Aktien besteuert

Im Zuge der **Ökosozialen Steuerreform** sind ab 1. März 2022 auch neue gesetzliche Regelungen zur **Besteuerung von Kryptowährungen** wie Bitcoins oder Litecoins in Kraft getreten. **Erträge und Gewinne** aus solchen Kryptowährungen gelten zukünftig als **Einkommen aus Kapitalvermögen** und unterliegen wie Aktien dem besonderen **Steuersatz** von **27,5 %**. Die bisher gültige Steuerfreiheit nach einem Jahr Behaltedauer entfällt komplett für sogenanntes **Neuvermögen**. Die wichtigsten Aspekte dieses "steuerlichen Paradigmenwechsels" im Bereich der Kryptowährungen werden nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Altbestand vs. Neuvermögen

Die neuen Bestimmungen sind auf Kryptowährungen anzuwenden, die **nach dem 28. Februar 2021** angeschafft werden ("**Neuvermögen**"). Anschaffungen bis zu diesem Zeitpunkt können wie bisher nach einem Jahr Haltedauer **steuerfrei** realisiert werden. Innerhalb der Jahresfrist kommt der **Tarifsteuersatz** zur Anwendung. Wurden Kryptowährungen nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. März 2022 steuerpflichtig realisiert, können die daraus resultierenden Gewinne oder Verluste **freiwillig** unter Anwendung der **Neuregelung** besteuert werden.

Erfasste Kryptowährungen

Der Begriff umfasst **öffentlich angebotene Kryptowährungen**, die eine Akzeptanz als **Tauschmittel** genießen. Dies trifft auch auf sogenannte "**Stablecoins**" zu, die an einen "stabilen" Reservewert wie \$ oder **Gold** gekoppelt sind. Nicht erfasst - mangels Eigenschaft als Tauschmittel - sind sogenannte "Non-Fungible Token" (NFT) und "Asset-Token", denen reale Werte zugrunde liegen (z.B. Wertpapiere, Immobilien). Die Besteuerung dieser Produkte richtet sich je nach Ausgestaltung nach den allgemeinen ertragsteuerlichen Bestimmungen.

Steuerpflichtige Einkünfte aus Kryptowährungen

Wie bei Aktien werden auch bei Kryptowährungen nunmehr sowohl **laufende Einkünfte** als auch **realisierte Kursgewinne** mit **27,5 % besteuert**. Zu den **laufenden Einkünften** zählen:

- Zinserträge aus "**Lending**", dem Verleihen von Kryptowährungen;

- Erträge für die Bereitstellung von Kryptowährungen für Liquiditäts- bzw. Kreditpools auf dezentralen Tauschbörsen ("**Liquidity Mining**");
- Der Erwerb von Kryptowährungen als Entgelt für die Zurverfügungstellung von Rechenleistung bei der Transaktionsverarbeitung ("**Mining**").

Diese Erträge sind im **Zuflusszeitpunkt** mit dem **Wert der Gegenleistung** bzw. der bezogenen Kryptowährung zu besteuern. Dieser stellt künftig auch die Anschaffungskosten von den erhaltenen Kryptowährungen dar.

In folgenden Fällen liegen hingegen **keine laufenden Einkünfte** vor; eine **Besteuerung** erfolgt erst im Rahmen der **Veräußerung** oder des Tausches:

- Der Erhalt einer Gegenleistung, wenn Krypto-Besitzer ihre Coins dafür einsetzen, neue Blöcke zur dazugehörigen Blockchain hinzuzufügen (**Staking**);
- wenn Kryptowährungen unentgeltlich (**Airdrops**) oder für lediglich unwesentliche sonstige Leistungen wie z.B. der Teilnahme an Marketingkampagnen (**Bounties**) übertragen werden;
- wenn Kryptowährungen im Rahmen einer Abspaltung von der ursprünglichen Blockchain zugehen (**Hardfork**).

Die **erhaltenen Kryptowährungen** sind mit **Anschaffungskosten von Null** anzusetzen, wodurch im Zeitpunkt der Realisierung der gesamte Ertrag zu versteuern ist.

Gewinne aus Kryptowährungen sind im **Zeitpunkt der Realisierung** zu versteuern:

- bei der **Veräußerung gegen €** oder dem Tausch gegen gesetzlich anerkannte Fremdwährungen wie z.B. US-Dollar \$;
- beim Tausch gegen andere Wirtschaftsgüter und Leistungen wie z.B. beim Kauf eines Autos, das in Kryptowährung bezahlt wird.

Der **Tausch einer Kryptowährung in eine andere Kryptowährung** stellt **keine steuerpflichtige Realisierung** dar.

Der **Veräußerungsgewinn** ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem **Veräußerungserlös** bzw. Wert im Zeitpunkt des Tausches und den **Anschaffungskosten**. Anschaffungsnebenkosten wie z.B. Beratungskosten oder Transaktionsgebühren vermindern den Gewinn. Gewinne und Verluste aus Kryptowährungen können mit Gewinnen und Verlusten aus anderen Kapitalanlagen und Wertpapieren (wie z.B. aus Aktien oder Investmentfonds) **verrechnet** werden.

Kryptowährung im Betriebsvermögen

Der **Sondersteuersatz** von 27,5 % kommt **auch im Betriebsvermögen** zur Anwendung, sofern die Erzielung von Einkünften aus Kryptowährungen nicht den Schwerpunkt der betrieblichen Tätigkeit darstellt.

Berücksichtigung in der Steuererklärung und KEST-Abzug

Die Einkünfte aus Kryptowährungen sind als **Kapitaleinkünfte** in die Steuererklärung aufzunehmen. Bei der Ermittlung der Kapitaleinkünfte sollte allerdings im Detail überprüft werden, ob eine **Verrechnung von Gewinnen und Verlusten** aus unterschiedlichen Quellen und Depotstellen **möglich** ist.

Ab 2024 sind österreichische Broker bzw. Plattformen verpflichtet, die KEST auf Kryptowährungen automatisch zu ermitteln und einzubehalten. Diese gelten dann als "endbesteuert" und müssen nicht mehr in die Steuererklärung aufgenommen werden; analog zum KEST-Abzug auf Zinsen und Wertpapiere bei österreichischen Banken. Allerdings sollte auch in diesem Fall überprüft werden, ob eine Verrechnung mit anderen Gewinnen und Verlusten steuerlich günstiger ist. Ihre Steuerberaterin unterstützt Sie gerne bei der Berechnung Ihrer Einkünfte aus Kapitalvermögen!

Sommerzeit ist Ferialjobzeit

Steuer, Sozialversicherung und Familienbeihilfe sind zu beachten

Gerade in den Sommermonaten haben Ferialjobs typischerweise Hochsaison und bedienen nicht nur den Ansporn nach einem monetären Zuverdienst, sondern auch das Sammeln von Praxiserfahrung. Damit (im Nachhinein) keine unangenehmen Konsequenzen eintreten, sollten auch die steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Aspekte sowie etwaige Auswirkungen auf die Familienbeihilfe berücksichtigt werden. Die nachfolgenden Ausführungen gelten selbstverständlich nicht nur für "Ferialjobs", sondern auch für laufende Jobs oder bezahlte Praktika neben dem Studium.

Steuerliche Konsequenzen

Die ertragsteuerliche Behandlung bei Ferialjobs hängt grundsätzlich davon ab, ob man bei dem Arbeitgeber angestellt ist oder in Form eines Werkvertrags bzw. freien Dienstvertrags tätig wird. Dauert das Angestelltenverhältnis z.B. nur einen Monat (aber jedenfalls kürzer als ein volles Jahr) und werden aufgrund einer entsprechend hohen Entlohnung Sozialversicherung und Lohnsteuer einbehalten, so ist es ratsam, in dem darauffolgenden Kalenderjahr eine Arbeitnehmerveranlagung durchzuführen. Der Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung kann sogar bis zu 5 Jahre zurück gestellt werden und führt regelmäßig zu einer Steuergutschrift, da die Bezüge auf das ganze Jahr verteilt werden und eine Neudurchrechnung der Lohnsteuer vorgenommen wird. Gegebenenfalls kann es auch zur antragslosen Arbeitnehmerveranlagung kommen.

Erfolgt die Beschäftigung im Werkvertrag bzw. auf Basis eines freien Dienstvertrags, so liegen Einkünfte aus selbständiger Arbeit vor und es wird keine Lohnsteuer einbehalten. Ab einem Jahreseinkommen von 11.000 € bzw. von 12.000 € wenn auch lohnsteuerpflichtige Einkünfte darin enthalten sind, muss eine Einkommensteuererklärung abgegeben werden. Umsatzsteuerpflicht ist i.Z.m. Ferialjobs auf Werkvertragsbasis bzw. als freier Dienstnehmer theoretisch denkbar, aber jedenfalls erst dann, wenn die Nettoeinnahmen 35.000 € übersteigen, da bis dahin die unechte Umsatzsteuerbefreiung als Kleinunternehmer gilt. Bis zu 35.000 € Nettoumsätzen muss auch keine Umsatzsteuererklärung abgegeben werden.

Familienbeihilfe

Der Verdienst aus einem Ferialjob kann, insbesondere wenn er mit anderen Einkünften zusammenfällt, dazu führen, dass die Zuverdienstgrenze für die Familienbeihilfe überschritten wird. Ist dies der Fall, so muss der die Grenze überschreitende Betrag zurückgezahlt werden. An die Familienbeihilfe ist auch das Schicksal des Kinderabsetzbetrags geknüpft. Die (zumeist für die Eltern) unliebsame Rückzahlungsverpflichtung tritt ein, wenn

auf das Kalenderjahr bezogen ein **steuerliches Einkommen** von **mehr als 15.000 €** (seit 1. Jänner 2020) erzielt wird, wobei gewisse **Besonderheiten** bei der Ermittlung dieser Grenze zu berücksichtigen sind. **Wichtigste Ausnahme** ist das Alter, da die **Zuverdienstgrenze** für Jugendliche **vor Vollendung des 19. Lebensjahres keine Bedeutung** hat. Ab Beginn des Kalenderjahres, das auf den 19. Geburtstag folgt, muss allerdings unterschieden werden, ob die **Einnahmen** (z.B. aus dem Ferialjob) in den **Zeitraum** fallen, in dem **Familienbeihilfe bezogen** wurde oder nicht. Erfolgt etwa kurzfristig kein Bezug von Familienbeihilfe, so sind Einnahmen während dieses Zeitraums **nicht maßgeblich** für die Berechnung der Zuverdienstgrenze. **Keine Familienbeihilfe** wird z.B. bezogen, wenn die vorgesehene Studienzeit in einem Studienabschnitt überschritten wurde. Ebenso wenig zu relevanten Einnahmen zählen z.B. Sozialhilfe als einkommensteuerfreier Bezug, **Entschädigungen** für ein anerkanntes **Lehrverhältnis** oder **Waisenpensionen**. Das für die Zuverdienstgrenze relevante Einkommen ergibt sich schließlich, nachdem die mit den Einnahmen zusammenhängenden **Ausgaben abgezogen** wurden. Wichtig ist zu beachten, dass für die Familienbeihilfe **nicht nur aktive Einkünfte** (bei dem Ferialjob sind das im Regelfall Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit), sondern **alle** der **Einkommensteuer** unterliegenden **Einkünfte** maßgebend sind - **endbesteuerte Einkünfte** (z.B. Zinsen oder Dividenden) bleiben steuersystematisch korrekt jedoch **außer Ansatz**.

Neben dem **Beobachten** der Einkünfte des laufenden Jahres, um das Überschreiten der Zuverdienstgrenze (z.B. durch einen Ferialjob) antizipieren zu können, ist wichtig, dass **bei Überschreiten** der Zuverdienstgrenze die **Familienbeihilfe** im darauffolgenden Jahr **neu beantragt** werden muss. Voraussetzung ist freilich, dass das steuerliche Einkommen im neuen Jahr **15.000 € unterschreitet**. Die **Voraussetzungen** für den Bezug von Familienbeihilfe bzw. für das Überschreiten der Zuverdienstgrenze **ändern** sich auch dann **nicht**, wenn die **Auszahlung** der Familienbeihilfe **direkt an das Kind** erfolgt. Dies kann bei **Volljährigkeit** mit Zustimmung des anspruchsberechtigten Elternteils beim Finanzamt beantragt werden und führt dann auch zur Überweisung des Kinderabsetzbetrags auf das angegebene Konto. **Rückforderungsansprüche** betreffend die Familienbeihilfe richten sich trotzdem **weiterhin** an die **Eltern**.

Konsequenzen in der Sozialversicherung

Die meisten Ferialpraktikanten - wenn sie **angestellt** sind und somit nicht auf Basis eines Werkvertrags bzw. freien Dienstvertrags arbeiten - werden **sozialversicherungsrechtlich** wie **normale Arbeitnehmer** behandelt. Beträgt das **Bruttogehalt** mehr als **485,85 € monatlich**, so treten Pflichtversicherung und Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen ein.

Schließlich sollte aus **Arbeitgebersicht** darauf geachtet werden, dass die Ferialpraktikanten entsprechend entlohnt werden, da es ansonsten zu empfindlichen **Verwaltungsstrafen** kommen kann (Stichwort "Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz"). Es ist sicherzustellen, dass weder der **kollektivvertraglich** zu leistende **Grundlohn** unterschritten wird noch, dass es bei der Bezahlung von Praktikanten zur **Nichtgewährung** von arbeitsrechtlichem Entgelt kommt, welches laut Gesetz, Verordnung oder **Kollektivvertrag** gebührt (z.B. Überstunden oder Zuschläge laut Gesetz oder Kollektivvertrag).

Vorsteuervergütung für Drittlandsunternehmer

Mit **30.6.2022** endet die Frist für die Rückvergütung von in **Drittländern** (z.B. Schweiz, Türkei, Großbritannien) entrichteten **Vorsteuerbeträgen**. Österreichische Unternehmen, die davon betroffen sind, sollten daher **rechtzeitig** einen entsprechenden **Antrag** stellen.

Die Frist gilt aber auch für **ausländische Unternehmer** mit Sitz **außerhalb** der EU. Diese können **bis** zum **30.6.2022** einen Antrag auf **Rückerstattung** der **österreichischen Vorsteuern** für das Jahr **2021** stellen. Die Frist ist nicht verlängerbar! Zuständig für die Anträge ist das **Finanzamt Graz-Stadt** (Antragstellung mit dem **Formular U5** und bei erstmaliger Antragstellung Fragebogen Verf 18). **Belege** über die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und sämtliche Rechnungen sind dem Antrag **im Original** beizulegen.

Nicht zu verwechseln ist der Termin mit der **Frist** für die **Vorsteuervergütung innerhalb der EU**, welche erst am **30. September 2022** endet. Anträge für dieses Vergütungsverfahren müssen elektronisch via **FinanzOnline** eingebracht werden.

Verlängerung der Erleichterungen bei der Offenlegung des Jahresabschlusses

Unlängst wurde vom **Nationalrat** beschlossen, die bestehenden **Erleichterungen** des gesellschaftsrechtlichen COVID-19-Gesetzes bzgl. **Aufstellungs- und Offenlegungsfristen** für Unterlagen der Rechnungslegung **um weitere drei Monate** zu **verlängern**. Folglich **verlängert** sich die **Offenlegungsfrist** für **Jahresabschlüsse** mit **Bilanzstichtag 31.12.2021** von **9 auf 12 Monate** - die **Aufstellungsfrist** wird von **5 auf 9 Monate erstreckt**. Gleiches gilt für Jahresabschlüsse mit Bilanzstichtag vor 31.12.2021, bei denen die **Frist** für die **Aufstellung** am 16. März 2020 **noch nicht abgelaufen** war.

Für **Bilanzstichtage** nach dem **31.12.2021** soll eine **Einschleifregelung** zur Anwendung kommen. Die Offenlegungsfrist für die Bilanzstichtage zum 31.1.2022 und zum 28.2.2022 endet ebenfalls am 31.12.2022. **Ab** dem **Bilanzstichtag** zum **31.3.2022** ist dann wiederum eine **Offenlegungsfrist** von **9 Monaten** zu beachten. Übrigens kann die Aufstellungsfrist letztmalig für Unterlagen mit Stichtag 29. April 2022 auf fünf Monate und 1 Tag verlängert werden.

Kurz-Info: Vereinfachungen und neue Passwort-Richtlinie in FinanzOnline

Bei der Nutzung von **FinanzOnline** ist es Anfang Mai 2022 zu **Vereinfachungen** für die Benutzer - insbesondere für **natürliche Personen** als User - gekommen. Nunmehr wird neben dem **Passwort** nur noch ein (eindeutiger) **Benutzername** im Rahmen der Anmeldung gefordert, **nicht mehr** aber die **Teilnehmer-Identifikation** (TID) und **Benutzer-Identifikation** (BENID). TID und BENID sollten jedoch weiterhin aufbewahrt werden, da sie bei Vergessen des Benutzernamens weiterhin für das Login verwendet werden können. Eine **alternative Anmeldemöglichkeit** für FinanzOnline wie auch für weitere digitale Behördenwege besteht mittels **Handy-Signatur** (nähere Infos und Aktivierung unter <https://www.handy-signatur.at>).

Ebenso wurden Anfang Mai die **Kriterien** für ein in **FinanzOnline** verwendetes **Passwort** geändert. Informationen des BMF folgend muss bei **Anmeldungen ab 1. Juni** (nach 17 Uhr) das **Passwort geändert** werden, sofern es nicht den neuen Anforderungen bereits genügt. Eine **Passwortänderung** muss **zwingend** vorgenommen werden und gilt grundsätzlich auch für sogenannte Bots, d.h. für Benutzer-Accounts, die für automatisierte Prozesse verwendet werden.

Folgende **Passwortkriterien** müssen eingehalten werden:

- 8 bis 128 Zeichen,
- Mindestens ein Großbuchstabe,
- Mindestens ein Kleinbuchstabe,
- Mindestens eine Ziffer,
- Mindestens ein Sonderzeichen aus !#\$%*+,-./:;=?@_(){}~